

DIE LINKE.



Rote Krähe

Ausgabe Dezember 2018

KLICK TO TIP

ERNEUERUNG GROTEN BURG STADION



wie man eine historische Chance leichtfertig liegenlässt

2018 ist der KFC Uerdingen unter dem Jubel der Fans in die 3. Liga aufgestiegen. Die Lokalpolitik freute sich mit, aber alle mussten bald bedröppelt feststellen, dass mindestens in der ersten Saison die Heimspiele in einem fremden Stadion in Duisburg ausgetragen werden müssen, weil die Stadt im Gegensatz zur fabelhaften Förderung des Eishockeys das Grotenburg-Stadion jahrelang vernachlässigt hatte und es deswegen keine Zulassung als Austragungsort für die 3. Liga erhielt. Die **Gefahr!** des Aufstiegs zeichnete sich akut zum Ende der letzten Saison ab und nun fielen der Stadt ihre jahrelangen Versäumnisse vor die Füße. Dann setzte fast panikartige Betriebsamkeit ein und es wurde eine gemeinsame Sitzung von Finanz- und Sportausschuss am 14.03.2018 einberufen, um über die Stadionfrage zu entscheiden. SPD und CDU gingen als Haushaltsmehrheit mit einem gemeinsamen Konzept in die Sitzung, das nur die Erneuerung der Grotenburg vorsah und den KFC finanziell nicht beteiligen wollte. Das hielten wir als Linke für falsch

und stellten deswegen in zwei Punkten Änderungsanträge zum CDU/SPD-Antrag, über die dann einzeln abgestimmt wurde:

1. **Wegen des maroden Zustandes der Grotenburg wird die Verwaltung beauftragt, außer der Maßnahme "Erneuerung des Grotenburg-Stadions" auch Alternativen zu untersuchen. Dazu soll eine Machbarkeitsstudie erstellt und eine finanzielle Größenordnung ermittelt werden.**
2. **Die Verwaltung wird beauftragt, in Verhandlungen mit dem KFC einzutreten, um eine angemessene Eigenbeteiligung des KFC für eine geplante Maßnahme zu erreichen.**

Beide Änderungsanträge wurden von der Haushaltsmehrheit abgelehnt, während FDP, Grüne und einzelne fraktionslose Ausschussmitglieder ihnen teilweise oder vollständig zustimmten.

LIZENZ FÜR'S BETTELN

Die neuen Ideen der Verwaltung, wie man in der Stadt für mehr „Sauberkeit und Ordnung“ sorgen will, könnten zu höchst repressiven Maßnahmen führen. Unter anderem will man Bettler prüfen, ob sie wirklich aus sozialer Not heraus betteln.

Seite 3

ZEBRA ZU REGENBOGEN

Antirassistische AktivistInnen färbten mehrere Zebra-Streifen in Krefeld regenbogenbunt. Die Verwaltung ließ noch in derselben Nacht die Farbe durch die Feuerwehr entfernen. Ein Interview.

Seite 4

„SCHÄTZCHEN“

Unser 14-jähriger Genosse Amir Sallachi hat die Familienministerin mit seinem eigenen Standpunkt zum Thema Kinderarmut konfrontiert. Das sah die Ministerin offenbar nicht gerne.

Seite 6

ES BEGANN IN KREFELD

Der Aufstand der Krefelder Seidenweber liegt nun 190 stolze Jahre zurück. Er läutete die ersten Wehen der deutschen Arbeiterbewegung ein.

Seite 7

Alternativen zur Sanierung untersuchen!

Die Linke wollte auch Alternativen zur Erneuerung der Grotenburg untersuchen lassen, weil es einige schwerwiegende Bedenken gegen den Standortverbleib und die Sanierung der Grotenburg gibt.

Beeinträchtigung der Entwicklung des Zoos

Der Direktor des Krefelder Zoos Dreßen beklagt auf einer Veranstaltung der WZ Anfang November "Krefeld hautnah" (WZ 8.11.2018), dass der Ausbau der Grotenburg für die erste Liga schon ein Fehler war, "den sollte man nicht wieder begehen." Er forderte Erweiterungsflächen für den Zoo, die nur auf dem Stadiongelände möglich seien. "Baudezernent Linne erklärt, dass die Nähe von Grotenburg und Zoo nicht ideal sei." Herr Linne muss sich als Ausführender politischer Beschlüsse einer diplomatischen Sprache befleißigen, sonst würde sein Urteil vermutlich rigoroser ausfallen. Frau Brüsing, häufig Vertreterin der CDU im Sportausschuss, fragt sich auf der Veranstaltung ebenfalls, "ob die Sanierung der Grotenburg an diesem Standort wirklich richtig sei."

Maroder Zustand des Stadions

In einem Artikel der WZ vom 26.10.2018 "Grotenburg: 20 Millionen bis 2020" heißt es: "Das Stadion ist nach Aussage von Matthias Schöner vom Planungsbüro Albert Speer + Partner (AP+S) in so einem schlechten Zustand, dass nicht mal mehr Regionalligaspiele in der Grotenburg ausgetragen werden könnten - und dürften." Nur die Substanz der Nord- und der Südtribüne ist noch in Ordnung, allerdings müssen z.B. die Zugänge völlig neu gestaltet werden. Dazu kommen die sanitären Anlagen und sicher noch reichlich mehr. Laut der Machbarkeitsstudie müssen für die 3. Liga mehr als 10 Millionen Euro in die Hand genommen werden. Sollte es in die 2. Liga gehen, sind mittlerweile bis zu 43,5 Millionen Euro Gesamtkosten im Gespräch (Berichterstattung WZ vom 21.11.18). Da drängt sich

doch der Gedanke auf, ob nicht auch ein Neubau finanziell in Frage kommt.

Nachteilige Ausrichtung der Längsachse des Stadions

Der seinerzeitige Sportdezernent Visser bemängelte bei einer Stadionbegehung des Finanz- und Sportausschusses auch, dass das Stadion in Ost-West-Richtung statt in Nord-Süd-Richtung angelegt wurde, das wirft Probleme beim Licht und für die Spielfläche auf.

Nach den Empfehlungen des DFB zum Stadionbau sollten deshalb Großspielfelder mit ihrer Längsachse in Nord-Süd-Richtung bis Nord-West-West/Süd-Süd-Ost liegen. In Arabien **müssen** Stadien in Nord-Süd-Richtung angelegt werden.

Park- und Nebenplatzsituation

Wegen der zu erwartenden Steigerung der Autozahl soll der Parkraum vergrößert werden. Damit fallen die bisherigen Trainingsplätze weg und es muss an anderer Stelle ein Trainingszentrum neu errichtet werden. In der Machbarkeitsstudie ist zusätzlich bereits eine Großgarage angedacht. Bei dem engen Raum sind sehr lange Wartezeiten bei der Abfahrt bereits vorhersehbar. Die Anbindung an den ÖPNV wird ebenfalls mindestens bei der Fan-Trennung noch zum Problem werden.

Fazit

Die Linke hält es genauso wie der Zoodirektor Dr. Dreßen und sicherlich auch viele andere Bürgerinnen und Bürger für einen historischen Fehler, sich, ohne Alternativen zu prüfen, auf eine Sanierung der Grotenburg festzulegen. Dies mit Zeitdruck zu begründen, wird später vielleicht einmal als wenig vorausschauend angesehen werden.

RF Wolfgang Emmerich
sitzt für DIE LINKE. Krefeld im Sportausschuss

Finanzierung des Stadionbaus

Es bestand Einigkeit in den Ausschüssen, dass kein Geld aus dem Sportetat für den Stadionbau verwendet werden soll, weil der Sportetat ausschließlich dem Breitensport und nicht dem Profisport dienen soll. Mit dem Aufstieg in die 3. Liga wurde die Schwelle zum Profisport überschritten und nach Meinung der Linken und auch weiterer Ausschussmitglieder war nun der KFC an der Reihe, die speziellen Kosten, die durch die Zulassungsbedingungen für die 3. Liga entstehen würden, zu tragen. Eine Beteiligung des KFC war nach Meinung der Haushaltsmehrheit nicht nötig, weil die Stadt die veranschlagten knapp 10 Millionen Euro ohne Bedenken stemmen könne. Woher das Geld kommen soll, wurde dabei nicht problematisiert, selbstbewusst war sich die Haushaltsmehrheit sicher: "Wir schaffen das."

Dass bei der Erneuerung eines maroden Stadions unerwartete Mehrkosten entstehen können, wurde weitgehend ausgeblendet. Mittlerweile soll der KFC doch mit ins Boot geholt werden, aber nicht zuletzt deswegen, weil man sich eine Beschleunigung der Baumaßen verspricht, wenn sie formal unter der Federführung des KFC vonstatten gehen.

STRAFFE FÜR'S BETTELN
KREFELD WILL BETTLER*INNEN ZUR RECHENSCHAFT ZIEHEN

Speziell angefertigte Bettlergarderoben, um die Herzen der immer verhärteren Menschen zu erreichen, bietet der Londoner Geschäftsmann Peachum den Menschen an, die professionell betteln gehen wollen. So heißt es zumindest in der Dreigroschenoper von B.Brecht. "Professionelles Betteln" soll es in Krefeld nun nicht mehr geben, so will es die Verwaltung und offenbar auch die Mehrheit der Krefelder Politik.

Der Bußgeldkatalog für Verstöße gegen die öffentliche Ordnung soll verschärft werden. So wollte es die CDU-Fraktion. Es geht u.a. um überquellende Container, Müll auf den Straßen, Hundekot, Wandschmierereien, Lagerfeuer und Drogenkonsum. Als Antwort hat die Krefelder Verwaltung dem zuständigen Fachausschuss nun vorgeschlagen, auch bestimmte Formen des Bettelns zu ahnden. Aufgezählt werden "aggressives Betteln", "Anfassen, Festhalten, Versperren des Weges", "aufdringliches Ansprechen", "bedrängendes Zusammenwirken mehrerer Personen" und auch "Betteln unter Vortäuschung körperlicher Behinderungen und sozialer Notlagen". Unser Ratsherr Stephan Hagemes hakte nach und fragte, wie man denn überprüfen wolle, ob Personen aus echter sozialer Not heraus bettelten oder ob sie eine tatsächliche oder nur vorgetäuschte Behinderung hätten. Darauf kam weder von der Verwaltung noch von anderen Ratsfraktionen eine Antwort.

Wir wollen alle, dass der öffentliche Raum angenehmer wird, sauberer wird, Menschen sich an bestimmte Regeln halten, damit das Zusammenleben funktioniert. Was hier aber als menschenverachtende Regelung auf den Weg gebracht werden soll, verschlägt einem den Atem. Die nebulösen Formulierungen dessen, was als nicht akzeptables Betteln betrachtet wird, öffnen Tür und Tor dafür, notleidende Menschen unter Generalverdacht zu stellen, nach willkürlichem Ermessen einer Kontrolle zu unterziehen, Angst unter ihnen zu verbreiten und ihnen zunehmend den öffentlichen Raum als zwanglosen Aufenthaltsort zu entziehen.

Die CDU wünscht auch, dass der Bußgeldkatalog möglichst schnell und ohne Umwege vollstreckt wird. Um "Verfehlungen von einzelnen Personen schnell und direkt ahnden zu können" sollen Ordnungswidrigkeiten künftig nicht mehr gestundet oder erlassen werden, sondern "schnellstmöglich eingetrieben werden". Möglich sei auch, die Forderung "durch gemeinnützige Arbeit bei städtischen Fachbereichen wie dem Grünflächenamt zu begleichen".

Dass jemand aggressiv bettelt, Fußgänger*innen behindert oder eine Notlage vortäuscht, lässt sich leicht unterstellen. Das ist dann eben eine Frage, wie das Ordnungspersonal die Situation auslegt oder interpretiert. Schnell sind Notleidende kriminalisiert und zum öffentlichen Dienst verdonnert. Denn von diesen ist sicher nicht zu erwarten, dass sie die erhöhten Bußgelder schnell und ohne Umschweife bezahlen können. Soll hier möglicherweise aus den von der Stadtverwaltung ungeliebten Personen im öffentlichen Raum einen schneller Sklavenpool gemacht werden für unbezahlte Arbeit?

RF Julia Suermond
Ratsfrau für DIE LINKE. Krefeld

BUNTE STREIFEN FÜR TOLERANZ

REPRESSION GEGEN AKTIVIST*INNEN

In der Nacht vom 09. auf den 10.09.2018 färbten antirassistische AktivistInnen mehrere Zebrastrifen in Krefeld regenbogenbunt. Sie benutzten für die nächtliche Aktion Kreidespray. Die Krefelder Stadtverwaltung ließ noch in derselben Nacht Löschfahrzeuge der Feuerwehr ausrücken, um die Farbe wieder zu entfernen. In der öffentlichen Wahrnehmung schlug die farbige Aktion hohe Wellen. Die Lokalpresse berichtete ausführlich, es gab viel positives Echo u.A. auf Facebook.

Auch die Kommunalpolitik beschäftigt sich bald mit dem Thema, denn die CDU – Fraktion hat eine Anfrage im AVVOS (Ausschuss für Verwaltung, Vergabe, Ordnung und Sicherheit) zu „strafrechtlichen Ermittlungen“, „Kosten der Entfernung“, usw. gestellt. Die CDU erfragt auch, ob die Verwaltung „Anzeige wegen Sachbeschädigung“ gestellt habe...eine indirekte Forderung.

Dabei gibt es Beispiele aus anderen europäischen Städten für einen fortschrittlichen Umgang mit dieser Aktionsform. In Brüssel wurden im Mai 2017 zum Beginn der Gay-Pride-Saison Zebrastrifen in Regenbogenfarben verschönert.

In Paris wurden im Juni 2018 Regenbogenstreifen von der Stadtverwaltung neben die Zebrastrifen gemalt, auch wegen Gay-Pride. Als die Regenbogenfarben von Unbekannten übermalt wurden, traf die Pariser

Bürgermeisterin folgende Entscheidung: die Zebrastrifen werden wieder bunt geschmückt, und die Regenbogenfarben sollen dauerhaft bleiben.

<https://www.ggg.at/2018/07/06/paris-regenbogen-zebrastrifen-bleibt-dauerhaft/>

Warum machte sich dann die Krefelder Stadtverwaltung SOFORT mit großem Aufwand an die Entfernung der Kreide? Sind bunte Zebrastrifen vielleicht in der Bundesrepublik weniger verkehrssicher als in anderen Staaten? Die ROTE KRÄHE fragte nach bei einem städtischen Angestellten aus dem Fachbereich Tiefbau. Zu diesem Fachbereich gehört auch die Abteilung „Verkehrssicherung“. Der Kollege vertritt die Auffassung, dass die bunten Zebrastrifen genau so funktionstüchtig seien, wie weiße. Die Entfernung der Farbe sei unnötig gewesen. Dieser Meinung seien auch seine Kollegen.

DIE LINKE. Krefeld findet die Regenbogenaktion hervorragend. Daher geben wir hier die Stellungnahme der AktivistInnen von ihrer facebookseite (11.09.2018) wieder.

„Krefeld ist bunt, tolerant und vielfältig und genau dies wollten wir mit unserer Aktion

in der Nacht vom Sonntag auf Montag dieser Woche deutlich machen.

Denn die Berichterstattung der letzten Wochen hat ein anderes Krefeld gezeigt. Nazischmierereien, die NPD geht auf Streife und zuletzt brannte sogar ein Auto, nur weil linke Sticker auf dem Auto angebracht waren und zu all diesen Themen wurde fleißig von den Medien berichtet. Im restlichen Deutschland sieht es eher noch düsterer aus, wenn Naziaufmärsche, Hitlergrüße und Nazislogans durch die Straßen hallen.

Es galt ein anderes Zeichen zu setzen und dies haben wir auch, gerade mit der tollen Krefelder Bevölkerung, geschafft.

Krefeld hat ein deutliches Zeichen gesetzt, indem sich so viele unterschiedliche Menschen positiv zu dieser Aktion bekannt haben. Hierfür möchten wir uns in aller Form bei euch bedanken!

Unsere Gruppe besteht aus ganz unterschiedlichen Menschen, welche aus ganz unterschiedlichen Bereichen des täglichen Lebens zusammen gekommen sind. Eins ist für uns jedoch klar: Unser Protest und so möchten wir diese Aktion verstanden wissen, ist immer friedlich und respektvoll.

Genau deshalb wurde von uns Sprühkreide verwendet, um keinen bleibenden Schaden anzurichten. Deshalb haben sich die

Mitglieder, welche von der Polizei erwischt worden sind, respektvoll und widerstandlos in die Hände der Polizei begeben.

Wir möchten an dieser Stelle deutlich machen, dass wir für die Arbeit der Polizistinnen und Polizisten in unserer Stadt den höchsten Respekt haben und die Arbeit der Polizei in unserer Stadt schätzen. Wie gut sie sind, hat man ja an dem Erfolg der Polizei erkennen können. Gerne hätten wir unsere Stadt noch ein bisschen mehr verschönert.

Aber trotz der Verhaftungen werden die Mitglieder nicht aufhören, auch in Zukunft deutlich zu machen, in welcher Gesellschaft wir Leben möchten: in einer offenen, sozialen, vielfältigen und freien!“

Acht Leute haben eine polizeiliche Vorladung bekommen, wir sollten als Beschuldigte aussagen. Das hat aber keine gemacht. Denn wir hatten uns bereits vor der Aktion untereinander geeinigt: keine Aussagen bei Polizei und Staatsanwaltschaft.

RK: Gibt es bereits eine Strafandrohung?

Willi: Nein. Die ermitteln noch, und deren Informationsbasis ist äußerst schmal. Wir wurden zwar direkt nach der Aktion von der Polizei gestellt. Aber die Polizei hat fast keinen MIT Werkzeug erwischt und keinerlei Fingerabdrücke genommen.

RK: Meinst Du, die Polizei hat darauf verzichtet, weil Ihr Kreidespray benutzt hattet?

Willi: Keine Ahnung. Die ganze Situation mit den Beamten wirkte auf mich sehr entspannt. Wir standen da halt, bis die unsere Personalien aufgenommen hatten. Dann haben sie uns noch ein paar Fragen gestellt. Auf die Aktion bezogen haben wir nur gesagt, es handele sich um Sprühfarbe, und erklärt, dass die Regenbogenfarben für Toleranz stehen würden. Mitgenommen haben die in der Nacht keinen von uns. Es hat damals auf mich nicht den Eindruck gemacht, dass die Polizisten einer Straftat nachgingen. Die waren sehr freundlich zu uns.

RK: Und nun kommt die Repression hinterher?

Willi: Ja. Einer von uns hatte am 16.11. wohl zwei Beamte vom Staatsschutz zuhause. Seine Oma hat denen erst mal geöffnet. Ich sehe diese Art der Ermittlung nun als tendenziell psychische Gewalt.

Dabei war unsere Aktion total friedlich, es ging um Toleranz und gutes Zusammenleben. Die Oma hat den Zivilbeamten gesagt, sie fände die Aktion auch gut!

RK: Falls Ihr die 3.000 € tatsächlich zahlen müsst und vielleicht noch eine Geldstrafe kommt, habt Ihr Ideen, wie Ihr das Geld aufbringt?

Willi: Wir haben nun Aufkleber rausgebracht und verkaufen die in mehreren Krefelder Läden für den Solipreis von 1 € pro Stück. Auf unserer facebookseite findet Ihr die Läden:

<https://www.facebook.com/RegenbogenZSKR/>

KV Das Interview führte **Stephan Hagemes** Beisitzender im Vorstand des Kreisverbandes DIE LINKE. Krefeld

* Der Name wurde von der Redaktion geändert

Interview mit dem Aktivist Willi*

RK: Die meisten aus Eurer Gruppe wurde kurz nach der Aktion von der Polizei erwischt. Wie ist der aktuelle Stand der Ermittlungen gegen Euch?

Willi: Die GSAK hat uns eine Rechnung geschickt. Die wollen für die „Reinigung“ der Zebrastrifen 3.000 € haben. Dabei waren einige der Zebrastrifen VOR der Bemalung kaum noch als Streifen zu erkennen, so verblasst waren die z.B. am Friedrichsplatz.

Kinderarmut ist in einem Land, das zu den wirtschaftlich stärksten der Welt gehört, Realität. Hierzulande gilt jedes fünfte Kind als arm. Demnach wachsen laut der Hans-Böckler-Stiftung rund 2,7 Millionen Personen unter 18 Jahren in Armut auf. Der Kinderschutzbund spricht sogar von 4,4 Millionen armutsgefährdeten Kindern und Jugendlichen. Weil ich fest davon überzeugt bin, dass diese Zahlen keineswegs akzeptabel sind, setze ich mich nun schon seit einem Jahr ökonomisch mit der Problematik auseinander. Im Juli dieses Jahres nahm ich an der Tagung „Neu denken | Teilhabe sichern | Kinderarmut vermeiden“ der Bertelsmannstiftung teil, bei der ich eine Rede hielt.

Bei meiner Rede hob ich hervor, dass Hartz IV armutsstiftend ist und besonders Kinder und Jugendliche unter den Sanktionen leiden müssen. Des Weiteren verdeutlichte ich anhand von Zahlen, wie schwer es ist, als SGB II-beziehender Elternteil Kindern eine wohlbehütete Kindheit zu ermöglichen. Außerdem verwies ich darauf, dass arme Kinder und Jugendliche heute kaum eine Chance haben, sich von den Ketten der Armut zu lösen. Deshalb trat ich bei meiner Rede dafür ein, dass Kinder und Jugendliche von Hartz IV befreit werden müssen und plädierte für die Kindergrundsicherung, damit Kinderarmut nachhaltig und effektiv bekämpft wird. Für meine Rede erhielt ich überraschenderweise von vielen anwesenden Politikerinnen und Politikern Beifall.

An der Tagung nahm auch Franziska Giffey teil, die allerdings erst kurz vor Ende der Tagung eintraf. Sie schien es als Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend nicht für nötig zu halten, Kindern und Jugendlichen, aber auch Wissenschaftlern bzw. Wissenschaftlerinnen zuzuhören. Trotzdem ergiff sie das Wort und schockierte dabei die Mehrheit der Anwesenden. Obwohl sie sich mit keinen der vorgestellten Konzepte auseinandergesetzt hatte, behauptete sie, dass eine Kindergrundsicherung in ein Wunschkonzert münde. Damit machte sie allen Kindern und Jugendlichen einen knallharten Vorwurf und bewies,

dass sie nicht in der Lage ist, mit armen Kindern zu sensibilisieren. Als Ministerin scheint sie zu vergessen, dass sich nicht jeder monatlich über Diäten von mindestens 15.000 Euro freuen kann. Stattdessen nutzte sie ihre Redezeit, um prahlend für den Koalitionsvertrag zu werben. Und ich gebe zu: Für einige Minuten musste ich tatsächlich nachdenken, ob ich mich vielleicht auf einer Werbeveranstaltung befände.

Nachdem die Tagung beendet worden war, führte ich ein kurzes persönliches Gespräch mit ihr. Ich machte deutlich, dass ich ihr bei vielem nicht zustimme und mich als vierzehnjähriger Jugendlicher nicht von ihr verstanden fühle. Zudem erklärte ich ihr kurz das Konzept der Kindergrundsicherung und riet ihr, sich mit diesem auseinanderzusetzen. Auf meine Argumente und genannten wissenschaftlichen Studien ging sie kein einziges Mal ein. Dafür hob sie wieder die Arbeit der Regierung hervor und versuchte mir zu erklären, dass für die Regierung das Wohlergehen von jedem Kind in Deutschland ganz oben auf der Agenda stehe. Dabei blickte sie stark über mich herab und begegnete mir mit ihrer unverschämten Wortwahl: „Schätzchen“.

Vor rund einer Woche erhielt ich vom Bundesfamilienministerium einen Brief, in dem wortwörtlich steht: „Im Koalitionsvertrag ist [...] vereinbart, den Kinderzuschlag weiterzuentwickeln: er soll erhöht werden, so dass er mit dem Kindergeld und den Leistungen für Bildung und Teilhabe den Bedarf des sächlichen Existenzminimums eines Kindes deckt.“

Der Brief beweist, dass Frau Giffey sich der Realität verweigert. Denn wer ständig über, aber nie mit Kindern redet, und von Wunschkonzerten spricht, soll dann auch aufhören, von Bedarfen und dem Existenzminimum eines Kindes zu sprechen.



Amir Sallachi
Mitglied im Kreisverband DIE LINKE. Krefeld
Sprecher der AG Queer

EINE MI- NIS- TERIN FÜR AL- LES, ABER NICHT FÜR FA- MILIE UND JU- GEND

DAS JAHRHUNDERT DER REVOLUTIONEN! AUCH IN KREFELD

„Ein Fräulein stand am Meere / Und seufzte lang und bang / Es rührte sie so sehre der Sonnenuntergang“ schreibt Heinrich Heine in einem Gedicht von 1844. Und weiter: „Mein Fräulein! sein Sie munter / Das ist ein altes Stück / Hier vorne geht sie unter / Und kehrt von hinten zurück.“

Wie recht Heinrich Heine behalten sollte, bewies nicht nur der nächste Morgen, sondern auch die Morgenröte der Märzrevolution 4 Jahre später, die zu einem ersten deutschen Parlament führte. Denn tatsächlich lässt sich das Gedicht auch so lesen, dass die immer wiederkehrende Revolution, nachdem sie zerschlagen wurde, sich auf's Neue formiert, als ob dies ein zwangsläufiger Zyklus im Weltenlauf sei. Tatsächlich waren den Aufständen 1848 schon viele voran gegangen, auch in Krefeld: Den Aufstand der Krefelder Seidenweber 1828 beschrieb Karl Marx als den „ersten Arbeiteraufstand der deutschen Geschichte“.

Natürlich funktionierte er nicht direkt im ersten Anlauf, doch die Beharrlichkeit der Seidenweber führte in der Märzrevolution zu ersten Erfolgen, was die Stärkung der Rechte und die Stabilität der Löhne anging.

**Es begann in den
Wirtshäusern Krefelds ...**

Die Krise in der Samt- und Seidenstadt spitze sich zu: Internationale Konkurrenz in

der Schweiz und in Großbritannien drückte auf die Preise der Textilindustrie. Die Seidenunternehmer betätigten sich als Verleger, die den Weberinnen und Webern die Rohmaterialien und Webstühle zur Verfügung stellten. Im Gegenzug mussten die, man könnte sagen, ersten Scheinselbstständigen der Geschichte, den gewebten Stoff liefern.

Natürlich waren sie bei der Entlohnung sehr der Willkür durch die Verleger ausgeliefert, die den Stoff mal so und mal so bewerteten. Was jetzt kam, schlug aber dem Fass den Boden aus: Um anlässlich der Krise die Löhne für die Webarbeiten noch weiter drücken zu können, schlossen sich die verschiedenen Verleger zu einem Kartell zusammen, um den Stückpreis gemeinsam um 15 % zu senken.

**Die Empörung bei den Webern
und Weberinnen war groß.**

Sie trafen sich in den Krefelder Eckkneipen um einerseits der Enge ihrer kleinen Wohnungen zu entkommen und um sich andererseits über die neuen Ungerechtigkeiten auszutauschen. Doch sie erkannten auch die Gunst der Stunde, da die Seidenbarone und Fabrikanten sich zu einem Kartell zusammen geschlossen hatten und die Wut der Seidenweberinnen und Seidenweber sich nun nicht auf mehrere Gegner verteilte sondern sich auf ein großes Gegenüber richtete! Nun hieß es, sich zu organisieren, um über Schlagkraft zu verfügen.

Nach ersten anonymen Drohbriefen, Aufrufen auf Plakaten und einer gemeinsamen Versammlung auf dem Friedrichsplatz war es am 4. November 1828 dann soweit: Gegen Mittag „versammelten sich mehrere Fabrikarbeiter (...) in verschiedenen



Wirthshäusern, erschienen Abends so gegen 9 Uhr in einzelnen Haufen in den Straßen und sie zogen vereint unter Begleitung einer Trommel und unter Vortragung einer Fahne (...) singend und lärmend durch die Stadt, laut wurden die Namen der Fabrik-Inhaber genannt, um die es ging. Der Zug wuchs auf 2000 Demonstranten heran, neun Polizisten versuchten der Lage Herr zu werden, als die Menge anfang, die Scheiben der auf der Friedrichstraße gelegenen Verlagskontore und Verlegerwohnhäuser zu zertrümmern.

Weiter ging es dann zum Nordwall. Die Aufforderung auseinander zu gehen, wurde mit Steinwürfen beantwortet.

Sie zogen vor die Häuser der Fabrik-Inhaber von der Leyen, de Greiff, Scheibler, Heidweiler und anderer – alles Namen, die ansonsten in der Geschichte der Seidenstadt nur mit Hochachtung genannt werden – und schlugen ihnen die Fensterscheiben ein“, so berichtete ein Zeitzeuge von den damaligen Unruhen.

Zwar wurde der Aufstand einige Tage später mit Hilfe der Düsseldorfer Regierungspräsidenten von preußischen Husaren niedergeschlagen. Doch die Erfahrung von den Aufständen von 1828 saßen den Velegern noch so sehr in allen Knochen, dass in einem zweiten Anlauf 1848 die Seidenweberinnen und Seidenweber erreichen konnten, dass sie erstens durch Weber im ersten deutschen Parlament vertreten waren und zweitens, dass eine Lohnliste durchgesetzt wurde, in der wesentlich gerechtere Stückpreise für die Webarbeiten festgelegt waren. Diese Liste galt als wichtige Grundlage für alle weiteren Verhandlungen der Folgejahre.

Das, was in der Geschichtsschreibung als das „Jahrhundert der Revolutionen“ beschrieben wird, endete aber nicht mit der Märzrevolution 1848 und

dem ersten deutschen Parlament in der Paulskirche.

Wer im November dieses Jahres die Satiresendung „Die Anstalt“ im ZDF geschaut hat, wurde Zeugin eines geradezu pro-kommunistischen Programms.

Die Ausrufung der deutschen Republik durch Philipp Scheidemann und die Instrumentalisierung der Matrosenaufstände in der Novemberrevolution 1918 wurden als hinterhältig durchgeführtes Manöver der SPD überführt, die um jeden Preis an die Macht wollte.

Die engagierten Aufständischen, denen man einen Lohn für ihre Revolutionsarbeit versprochen hatte, wurden zu großen Teilen erschossen, als das Ziel erreicht war. Dazu bediente man sich der Hilfe durch die konservativen, paramilitärischen Freikorps, die um jeden Preis eine Räterepublik verhindern wollten. Auch Rosa Luxemburg wurde von ihnen auf Geheiß der SPD ermordet. Sie tritt in diesem Stück als Mahnerin auf und erinnert daran, dass sich die SPD auch aus aktueller Sicht überflüssig gemacht hat. Eine Partei, die genau wie 1914 Kriegen zugestimmt hat, die Agenda 2010 eingeführt hat und eine Mindestlohnkommission mit einer gesetzlichen Auflage, nach der sie den Mindestlohn immer nur um sehr niedrige Prozentsätze erhöhen darf.

Aber „mein Fräulein“, seien Sie nicht traurig, die Revolution kommt zurück. Der Weltgeist holt bestimmt schon zum Gegenschlag aus.

RF

Julia Suermond
Ratsfrau für DIE LINKE. Krefeld

**Das Schifflein fliegt, der Webstuhl kracht,
Wir weben emsig Tag und Nacht –
Altdeutschland, wir weben dein Leichentuch,
Wir weben hinein den dreifachen Fluch –
Wir weben, wir weben!
- Heinrich Heine -**

WER HAT'S GEMACHT?

Schreibstube: Amir Sallachi, Stephan Hagemes, Wolfgang Emmerich und Julia Suermond

Layout und Grafik: herrje

Redaktion: Julia Suermond

Impressum: DIE LINKE. Ratsfraktion Krefeld
Von der Leyenplatz 1,
47798 Krefeld,
Tel. 02151-862012

DIE LINKE. Krefeld, Kreisverband,
Heidrun von der Stück,
Alte Linnerstr. 85, 47799 Krefeld,
Tel. 02151-4461625

dielinke-krefeld.de
dielinke-fraktion-krefeld.de

Artikel des Kreisverbandes DIE LINKE. 

Artikel der Ratsfraktion DIE LINKE. 

Gastartikel 

DIE LINKE.